Offener Brief an den Bundesaußenminister und den Bundesinnenminister:

Betreff: Sofortige Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Afghaninnen und Afghanen mit Aufnahmezusage für Deutschland

Sehr geehrte Herr Bundesminister Wadephul,
sehr geehrter Herr Bundesminister Dobrindt,

wir, die unterzeichnenden Organisationen, wenden uns mit größter Sorge an Sie.

In Pakistan warten derzeit immer noch mehrere tausend Afghanen und Afghaninnen mit einer gültigen Aufnahmezusage für Deutschland auf ihre Ausreise. Darunter sind u.a. ehemalige Ortskräfte, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, Richterinnen und Richter, Personen, die sich für den Kampf um die Menschenrechte verdient gemacht haben, Journalistinnen und Journalisten oder Angehörige besonders gefährdeter Minderheiten. Sie alle haben sich im Vertrauen auf den Schutz der Bundesrepublik Deutschland in Sicherheit gebracht und sind nun in Pakistan von Abschiebung bedroht. Bereits jetzt haben pakistanische Behörden damit begonnen, afghanische Personen mit Aufnahmezusagen für Deutschland – darunter auch Kinder – festzunehmen oder sogar nach Afghanistan abzuschieben.

Rückführungen nach Afghanistan bedeuten für die Betroffenen Gefahren für Leib und Leben. Dennoch dauern Sicherheitsprüfungen und Visaerteilungen in Pakistan – so diese derzeit überhaupt erfolgen – zu lange und es fehlt an hinreichender Unterstützung durch das Auswärtige Amt nach erfolgten Festnahmen und Abschiebungen. Dies schafft eine aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten nicht tragbare Situation.

Vor diesem Hintergrund fordern wir:

1. **Beschleunigung der Verfahren:** Eine drastische Verkürzung der Dauer von Sicherheitsüberprüfungen und Visaverfahren.
2. **Sofortige Evakuierung aus Pakistan:** Unverzögliche Einleitung der Einreisen um gefährdete Personen mit deutscher Aufnahmezusage schnellstmöglich aus der Gefahrenlage zu bringen.
3. **Internationale Zusammenarbeit:** Engere Abstimmungen mit Pakistan, internationalen Partnern und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Abschiebungen sowie Abschiebehelf zu verhindern und sichere Ausreisen zu ermöglichen.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat zuletzt im Rahmen eines Eilantrags vom 7. Juli 2025 (Az. 8 L 290/25) ausdrücklich festgestellt, dass die erteilten Aufnahmezusagen rechtsverbindlich sind und die zuständigen Bundesministerien zur Visaerteilung und Ausreise der Betroffenen verpflichtet sind.

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, die uns vertraut haben und deren Einsatz für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sie in Afghanistan nun zur Zielscheibe macht.

Wir appellieren eindringlich an Sie: **Handeln Sie jetzt, bevor es für viele Betroffene zu spät ist.**

Mit freundlichen Grüßen

Die unterzeichnenden Organisationen:

Afghanistanhilfe

Afghanistan-Schulen, Verein zur Unterstützung von Schulen in Afghanistan e.V.

Amnesty International Deutschland e.V.

Arbeitskreis Flüchtlingshilfe e.V. Nordhorn

Artistic Freedom Initiative (AFI)

Augsburger Flüchtlingsrat

AWO Bundesverband e.V.

AWO Kreisverband Wittmund e.V.

Berenberg Verlag

Bleibe.e.V.

Brot & Rosen. Diakonische Basisgemeinschaft e.V.

Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI)

Café Zuflucht / Refugio e.V., Aachen

Climate Activist Defenders

Deutscher Anwaltverein (DAV)

Deutscher Caritasverband e. V.

DeutschSchweizer PEN Zentrum

Diakonisches Werk Region Kassel

Flüchtlingshilfe Iran e.V. 2010

Flüchtlingshilfe Neu-Isenburg e.V.

Flüchtlingsrat Brandenburg

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.

Flüchtlingsrat RLP e.V.

Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

Fluchtraum Bremen e.V.

Fremde brauchen Freunde, Nordfriesland

hamburgasyl- AG kirchliche Flüchtlingsarbeit

Haus der Generationen Stolzenau e.V. Mehrgenerationenhaus und Migrationsberatung

Hessischer Flüchtlingsrat

Ibis - Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und Beratung e.V.

imicon gUG

Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz
Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland
Kölner Flüchtlingsrat e.V.
Kreisverband Die Linke Main-Tauber
Kulturzentrum Schlachthof Kassel
lifeline Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
matteo - Kirche und Asyl e.V.
medico international e.V.
Mediothek Afghanistan e. V.
MISSION LIFELINE International e.V.
Mosbach gegen Rechts
move on - menschen.rechte Tübingen e.V.
Netzwerk gegen Rechts Main-Tauber
Netzwerk Konkrete Solidarität e.V.
Neue Richter*innenvereinigung e.V.
Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche e.V.
Refugee Law Clinic Hannover e.V.
Refugio München
Refugium Wesermarsch e.V.
Reporter ohne Grenzen e.V.
Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.
Seebrücke Fulda
Stitching for School and Life e.V (SSL e.V.)
YAAR e.V., Berlin
ZBBS - Zentrale Bildungs- und Beratungsstelle für Migrant:innen in Kiel e.V.
Zuflucht – Ökumenische Ausländerarbeit e.V.

Nach Versand des Schreibens haben sich noch angeschlossen:

agisra e.V.
Amnesty International, Bezirk Darmstadt
Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.
"Dach überm Kopf Eutin und Umgebung!" e. V.
Der Paritätische Gesamtverband
Deutschen Frauenrat
Diakonie Deutschland
Diakonisches Werk des Kirchenkreises Schwalm-Eder
Diakonisches Werk Hamburg

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein e.V.
Die Linke Landesverband Hessen
Der Paritätische, Region Nordhessen
Evangelisches Dekanat Kronberg
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V.
Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil FATRA e. V.
HÁWAR.help e.V.
Kabul Luftbrücke
LSVD+ – Verband Queere Vielfalt
Münchener Flüchtlingsrat e.V.
PAHN – Politische Arbeitsgemeinschaft Helferkreise Region Nürnberg
Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte e.V.
pax christi Regionalverband Rhein-Main
Runder Tisch „Viele Kulturen – eine Zukunft“ Main-Taunus
Shelter Now Germany e.V.
Stiftung VFS Vielfalt.Fördern.Stiften
TERRE DES FEMMES Menschenrechte für die Frau e.V.
Terre des Hommes Deutschland e.V.
Willkommen in Lehre e.V.
Willkommensbündnis Steglitz-Zehlendorf